

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersparkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 19,50.
Zu beziehen durch alle Postämter.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 10 M.
für Versammlungsanzeigen 4 M. pro Zeile.

Um den Achtstundentag.

Die Gewerkschaften sehen schweren Kämpfen entgegen. Nicht nur in Deutschland, auch in England, Frankreich usw. Zwei Dinge sind es zur Hauptsache, gegen die sie sich zu wehren haben werden: die wachsende Verelendung ihrer Mitglieder infolge der fortwährenden Geldentwertung auf der einen, die Bestrebungen des Unternehmertums auf Beseitigung des Achtstundentages, größere Ausbeutung sowie Aufrechterhaltung möglichst geringer Löhne auf der andern Seite. In England und Frankreich haben die Auseinandersetzungen, besonders um die letztgenannten Bestrebungen, bereits begonnen; in Deutschland stehen sie, wenn nicht alle Anzeichen trügen, unmittelbar bevor.

Die englische Gewerkschaftsbewegung hat nach einem Bericht der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“ über den kürzlich stattgefundenen englischen Gewerkschaftskongress in der letzten Zeit schwere Rückschläge erlitten. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist groß. Die Lohnherabsetzungen bedrohen arg den Lebensunterhalt der Arbeiter. Die Bergarbeiter sind auf Hungerlöhne gesetzt. Die Gewerkschaften der Maschinenarbeiter haben eine schwere Niederlage erlitten. Den Landarbeitern raubte man die früher bewährte Einrichtung der Lohnämter, die sie vor der ärgsten Ausbeutung schützte. Auch die Mitgliederzahl der Gewerkschaften hat Einbuße erlitten. Der Gewerkschaftskongress vertrat 1920 6,5 Millionen Arbeiter, in diesem Jahre dagegen nur noch 5,1 Millionen. 1/4 Millionen sind ausgeschieden. In erster Linie sind die Landarbeiter der Organisation abtrünnig geworden, ferner ungelehrte weibliche Arbeiter der verschiedenen Industrien, die während des Krieges in die Industrie eingetreten, nach dem Kriege infolge der Wirtschaftskrise zur Hausarbeit zurückgekehrt sind. Die Erfolgsmöglichkeiten der englischen Gewerkschaftsbewegung sind mithin nicht besonders günstig, woran, wie nochmals betont werden mag, vornehmlich die Ungunst des Wirtschaftsmarktes, die lange und umfangreiche Arbeitslosigkeit mit ihren mannigfachen Folgeerscheinungen die Schuld tragen.

In Frankreich sieht man in wirtschaftlichen Kreisen der Zukunft ebenfalls mit einiger Besorgnis entgegen. Die letzten Wochen brachten schwere Arbeitskonflikte. Seit langem ist das Unternehmertum bemüht, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne herabzusetzen. Dieses Bemühen hat neuerdings die Unterstützung der französischen Regierung gefunden. Die Bestrebungen des Unternehmertums auf Beseitigung des Achtstundentages hatten Ausfälle in der Textil- und Metallindustrie zur Folge. Die vorsichtige Taktik der Gewerkschaften verhinderte zunächst ein Eingreifen der Regierung, bis sich die Bewegung durch einen gewissen Ueberradikalismus in politisches Fahrwasser beforderte und die Regierung nunmehr die Gelegenheit für gekommen erachtete, den entscheidenden Schlag gegen den Achtstundentag zu führen. Am 15. September sind, wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, im Amtsblatt der französischen Republik zwei Dekrete erschienen, die für den Eisenbahnbetrieb und für die Handelschiffe den gesetzlichen Achtstundentag dadurch illusorisch machen, daß die Unternehmer ermächtigt werden, zur Erhaltung der normalen Leistungsfähigkeit der Betriebe ihren Arbeitern und Angestellten eine beträchtliche Anzahl von Ueberstunden aufzuerlegen, ohne besondere Entlohnung. In bezug auf die Vergleiche und andere unterirdische Betriebe hat die Regierung nach derselben Quelle eine Herabsetzung der Löhne beschlossen mit Wirkung vom 15. Oktober an. Natürlich haben diese arbeiterspezifischen Maßnahmen sofort die in Frage kommenden Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Hoffentlich gelingt es ihnen, diesen Kampf mit Erfolg zu bestehen, wofür jedoch erste Voraussetzung ist, daß vorläufig alle in den Gewerkschaftskreisen vorhandenen Gegensätze, die überwiegend politischen Ursprungs sind, zurückgestellt werden. Nur bei allerstrengster Geschlossenheit wird diese Aktion mit einem Erfolg für die Arbeiter enden.

Und wie steht es in Deutschland? Mit dem Aufgebot aller Kraft wehren sich die Gewerkschaften gegen die täglich wachsende Verelendung ihrer Mitglieder. Und doch vermögen sie kaum die schlimmsten sozialen Folgen der Geldentwertung abzuwenden. Zwar konnten sie Lohnherabsetzungen, für die, beiläufig bemerkt, bis heute in Deutschland alle Vorbedingungen fehlen, verhindern. Die erzielten Lohnsteigerungen entsprechen jedoch nicht dem gesunkenen Geldwert. Der Reallohn, die Kaufkraft des Lohnes, sinkt; das Elend steigt. An dieser Tatsache kommt niemand vorbei, der unsere Zeiterscheinungen objektiv wertet. Wer jedoch auf Grund dieser Feststellung den Gewerkschaften vorwirft, daß sie ihre Pflicht verletzten, oder, wie das auch geschieht, behauptet, daß sie völlig versagten, der bekundet ein außerordentlich geringes Maß von Sachkenntnis, vor allen Dingen verkennt er die Ursachen der gegenwärtigen Misere, deren Beseitigung den Gewerkschaften einfach unmöglich ist, weil sie außerhalb ihres Einflusses liegen, sich diesem fast gänzlich entziehen. Näher auf diese Ursachen hier einzugehen, kann unterbleiben, nachdem wir sie erst in einer längeren Aufsatzreihe in den vorausgegangenen Nummern unseres Blattes erschöpfend aufgezeigt haben. Für die heutigen wirtschaftlichen Zustände in Deutschland die Gewerkschaften verantwortlich zu machen, ist eine zwar sehr bequeme, aber nicht ehrliche Methode. Sie hat allenfalls zur Folge, das Augenmerk der Arbeiterschaft von der Not des Augenblicks, von dem, was zu ihrer Steuerung notwendig zu geschehen hat, abzulenken. Soweit durch gewerkschaftliches Vorgehen Abhilfe geschaffen werden kann, ist es zunächst Aufgabe der einzelnen Verbände, kein Mittel hierzu unbenutzt zu lassen. Wir nehmen an, daß überall hiernach verfahren ist. Von unserm Verband können wir feststellen, daß das geschehen ist. Zu gemeinsamen Aktionen der Gewerkschaften auf dem hier in Frage kommenden Gebiete ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund berufen. Welche Wege er bereits eingeschlagen und zu welchen Erfolgen sie bisher geführt haben, ist bekannt. Zugegeben, daß der Erfolg nicht voll befriedigt; allein die Gründe dafür liegen nicht bei den Gewerkschaften.

Nicht minder wichtig als die Abwehr einer weiteren Verelendung der Arbeiter, soweit sie durch die gewerkschaftlichen Organisationen möglich ist, erscheint uns die Zurückweisung der Bestrebungen des Unternehmertums auf Beseitigung des Achtstundentages, zumal es den Anschein gewinnt, als wollten die deutschen Unternehmer in dieser Frage nunmehr zur Offensive übergehen. Nicht erst seit heute und gestern betonen sie die Notwendigkeit einer Erhöhung der Produktion in der versteckten Absicht, den Ausbeutungsgrad der Arbeit zu erhöhen. In neuerer Zeit, wo die Anzeichen eines Niederganges der deutschen Wirtschaft deutlicher hervortreten, verstärkt sich ihr Ansturm auf den Achtstundentag. Das Ergebnis sorgfältiger wissenschaftlicher Untersuchungen, wonach festgestellt werden konnte, daß die Arbeitszeitverkürzung die Produktivität der Arbeit im allgemeinen nicht verringert, stellenweise noch erhöht hat, lassen die Unternehmer gänzlich unbeachtet. Was nicht in ihre Rechnung paßt, existiert für sie nicht. Daß die Bestrebungen der Unternehmer in den Kreisen Gleichgesinnter Beifall und Unterstützung finden, bewies kürzlich die im Reichswirtschaftsrat vorgenommene Beratung des Gesekentwurfes über die Regelung der Arbeitszeit. Die Beschlüsse, die der Reichswirtschaftsrat hierzu gefaßt hat, bedeuten für eine ganze Reihe wichtiger Wirtschaftszweige glatt die Aufhebung des Achtstundentages. In andern Wirtschaftszweigen soll er durch die Achtundvierzigstundentage ersetzt werden. Die Vertreter des Handwerks setzten sogar durch, daß vor den hohen Feiertagen 10 Stunden gearbeitet werden dürfe. Die schwerwiegendste Bestimmung ist aber, so urteilt zutreffend die Wochenschau der „Leipziger Volkszeitung“, daß in ununterbrochenen Betrieben die Sechsunfzigstundentage als Regel gelten soll. Zahlreiche weitere Bestimmungen legen den reaktionären Charakter der Mehrheit des Reichswirtschaftsrates vollends bloß, wie zum Beispiel eine Bestimmung, daß Lehrlinge über die Normalarbeitszeit hinaus

täglich bis zu einer Stunde zu Vorbereitungs- und Ausräumungsarbeiten herangezogen werden dürfen. Die einzige soziale Bestimmung hingegen, die der Entwurf enthielt, wonach die Betriebsvertretungen bei der Festsetzung des Beginnes und des Endes der Arbeitszeit und der Pausen mitzuwirken haben, wurde gestrichen.

Kun hat der Reichswirtschaftsrat zum Glück nicht das letzte Wort bei der Fassung dieser Gesetze. Aber seine Stellungnahme verrät doch, von welchem Geist die Beratungen geleitet waren und welche Gefahren der Arbeiterschaft drohen, wenn sie nicht selbst immerwährend auf dem Posten ist. Hier stehen in der Tat wichtige gewerkschaftliche und kulturelle Interessen auf dem Spiele. Daß die Gewerkschaften, und mit ihnen die politischen Arbeiterparteien, alles aufzuwenden haben, damit nicht Errungenschaften verlorengehen, für die sie Jahrzehnte hindurch gekämpft und gelitten haben, versteht sich am Rande. Der Erfolg ihres Eintretens wird in erster Linie davon abhängig sein, ob sie diesen Kampf stark und wuchtig aufnehmen, ihn mit Entschlossenheit und Kraft führen können, oder ob sie, geschwächt durch innere und äußere Reibungen und Wirren, in ihrer Widerstandskraft beeinträchtigt, eine ihr nicht genehme Regelung nicht zu verhindern vermögen. Wir hoffen auversichtlich, daß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit den Ernst der Situation erkennen und besorgt sein wird, den ihr drohenden Gefahren zu begegnen. An dem Achtstundentag darf nicht gerüttelt werden.

Aufgaben unserer Lehrlingsabteilungen.

Der erfreuliche Aufschwung unseres Zentralverbandes in den letzten Jahren ist ein Zeichen zunehmenden Vertrauens der Zimmerer Deutschlands zur Organisation selbst wie auch zu ihrer Tätigkeit. Zu diesem Aufschwung hat nicht unwesentlich beigetragen der Umstand, daß durch die Novemberumwälzung 1918 alle hemmenden Bestimmungen polizeilicher und gesetzlicher Art, die den Jugendlichen und Lehrlingen bis dahin den Eintritt in die gewerkschaftlichen Organisationen versperrten, beseitigt wurden. Unser Verbandstag im Jahre 1919 in Hamburg schuf durch Einführung besonderer Lehrlingsbeiträge die Voraussetzung für die Organisation der Lehrlinge des Zimmererberufes. Im Jahre 1920, als erstmalig Erhebungen über die Zahl der organisierten Lehrlinge stattfanden, wurden bereits 3211 ermittelt. Die monatlichen statistischen Feststellungen unseres Verbandes zeigen ein beständiges Anwachsen unserer Lehrlingsmitglieder; sie lassen jedoch in den einzelnen Provinzen und Freistaaten auffällige Verschiedenheiten erkennen. Nicht nur die absoluten Zahlen der organisierten Lehrlinge sind stark unterschiedlich, sondern auch das Verhältnis ihrer Zahl zur Zahl der Gesellen weist erhebliche Abweichungen auf. Das tritt noch deutlicher zutage, wenn man einzelne Zahlstellen zum Vergleich miteinander heranzieht. In Zahlstellen mit annähernd gleich großer Mitgliederzahl ist die Zahl der organisierten Lehrlinge sehr verschieden. Nun kann ohne weiteres zugegeben werden, daß die Zahl der Lehrlinge in den verschiedenen Orten verschieden hoch ist und daß daher Vergleiche nur relativen Wert haben. Dennoch gewinnt es den Anschein, als ob manche Zahlstellenleitungen der Organisation der Lehrlinge nicht die nötige Aufmerksamkeit widmen.

In recht vielen Zahlstellen ist die Wichtigkeit dieser Aufgabe voll erkannt worden; sie haben eine eifrige Werbetätigkeit unter den Lehrlingen betrieben. Es ist Pflicht der Gewerkschaften, sich der Lehrlinge anzunehmen und zu versuchen, auf das Lehrverhältnis Einfluß zu gewinnen. Die Gewerkschaften können an der ungenügenden Entlohnung wie an den sonstigen Fragen des Lehrverhältnisses nicht achtlos vorübergehen. Ganz ohne Erfolg sind auch die Bestrebungen unseres Zentralverbandes, das Lehrverhältnis zu beeinflussen, nicht geblieben. Der neue Reichstarifvertrag für das Baugewerbe enthält diese Bestimmung: „Die Entschädigungen der Lehrlinge sind prozentual zu den Löhnen der Gesellen in den Lohn- und Arbeitstarifen festzusetzen. Auf Wunsch können Handwerkskammern, Innungen und Gesellenausschüsse hinzugezogen werden.“ Darin liegt ohne Zweifel ein wichtiger Schritt nach vorwärts; alle Zahlstellen haben künftighin die Möglichkeit, auf Grund des Tarifvertrages bei Festsetzung der Lehrlingslöhne ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Diese Tatsache wird mit dazu beitragen, daß in den Zahlstellen das Interesse an der Lehrlingsfrage rege bleibt. Darin kann und darf sich jedoch das Interesse der Zahlstellen für unsere jugendlichen Kameraden, unsere Lehrlinge, nicht erschöpfen; die Regelung der Lohnfrage ist nur ein Teil unserer Aufgabe, daneben kommen noch andere, das Lehrverhältnis betreffende Fragen in Betracht, wie Berufsausbildung, Lehrlingshaltung,

Urlaub usw. — Zu beachten ist aber auch, daß die Organisierung der Lehrlinge andere Formen und andere Methoden braucht als die von älteren Kameraden. Es ist ein Unterschied, ob ältere Arbeiter der Organisation zugeführt werden sollen oder 14- bis 15jährige Lehrlinge, die noch keinerlei Lebenserfahrung haben und die Welt mit ganz andern Augen anschauen. Mit ihrer Gewinnung für die Organisation ist auch nur der erste Schritt getan; es kommt darauf an, ihnen die Bedeutung der Organisationszugehörigkeit und die Organisationspflichten klarzumachen zur Festigung ihres Organisationsverhältnisses.

Wie diesem Ziele mit Erfolg zugestrebt werden kann, hat eine Anzahl von Zahlstellen bereits gezeigt. Sie haben durch Errichtung von Lehrlingsabteilungen und Wahl von Abteilungsleitern versucht, das Interesse der Jugendlichen für die Organisationsarbeiten und Ziele zu wecken. Besonders haben sie Wert darauf gelegt, die Jugendlichen mit der Gedankenwelt der modernen Arbeiterschaft vertraut zu machen. Daß diese Aufgabe nicht leicht ist, wird jedem klar sein, der die verschiedenartigsten Interessen der heutigen Jugend kennt. Vor allem ist unsere Jugend der sportlichen Betätigung stark zugeneigt. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, wenn das richtige Maß eingehalten wird. Besondere Anziehungskraft üben hier nicht selten die bürgerlichen Sportvereine aus mit ihren vielen Wettspielen und -kämpfen. Den Jugendlichen hier den rechten Weg zu zeigen, ist gleichfalls eine Aufgabe, die mit erfüllt werden muß.

Diejenigen Zahlstellen, die bereits Lehrlingsabteilungen errichtet haben, sind von den gemachten Erfahrungen befriedigt. Allerdings, wo die Vorbedingungen für die Errichtung und Erhaltung solcher Abteilungen gegeben sind, sollte unverzüglich daran gegangen werden, sie zu schaffen. Vielfach wird es schwer halten, aus den Reihen der älteren Kameraden die notwendigen Abteilungsleiter herauszufinden; nicht jeder besitzt die dazu erforderlichen Eigenschaften. Der Abteilungsleiter muß imstande sein, das richtige Verhältnis zwischen den Jugendlichen und sich herzustellen; er soll ihnen Berater, Führer, Lehrer und Kamerad sein. Nur wer über diese Eigenschaften verfügt, wird seine Aufgabe mit Erfolg angehen und sich Achtung und Anerkennung bei den Jugendlichen verschaffen. Neben dem Abteilungsleiter sollen natürlich aus den Reihen der Jugendlichen selbst die zur Verwaltung der Abteilung erforderlichen Kräfte herangezogen werden, wie überhaupt großer Wert auf Erziehung zur Selbstständigkeit gelegt werden muß. Die Tätigkeit in den Lehrlingsabteilungen ist eine wichtige Vorarbeit für spätere Zeiten, aus diesen Abteilungen sollen der Organisation neue Kräfte erstehen.

Mit welchen Fragen sollen sich nun die Lehrlingsabteilungen befassen? Hier haben Zahlstellen- und Abteilungsleiter gemeinsam die Pflicht, für geeigneten Stoff zu sorgen. Ausgehend von den hohen Aufgaben der Gewerkschaften, ihrem Wesen und Wirken sowie ihren Zielen, wird es notwendig sein, auch ihre kulturelle Mission den Jugendlichen zum Bewußtsein zu bringen. Die Jugendlichen müssen die Widerstände der gewerkschaftlichen Organisation kennenlernen und deren Ursachen, und weiter ist an der Hand der Entwicklung der Gewerkschaften auf die Ausdauer, den Opfermut usw. hinzuweisen, die zum Aufbau der Gewerkschaften nötig waren und es noch sind. Daß daneben auch Kameradschaftlichkeit, solidarisches Denken, Fühlen und Handeln und treue Hingabe an die Sache Anteil haben an den Fortschritten der Gewerkschaften, soll und muß der Jugend immer wieder zur Nachahmung vor Augen geführt werden. Es wird aber auch nötig sein, Berufsfragen zu erörtern. Berufliches Können ist ein wichtiges Moment im Leben. Der Arbeiter, der durch seine beruflichen Fähigkeiten hervorsteht, wird auch jederzeit imstande sein, als Vertreter der Gesamtinteressen seiner Berufsgenossen wirksam aufzutreten. Den jugendlichen Kameraden diese Erkenntnis beizubringen, haben wir alle Ursache. Noch manches ließe sich anführen, doch möge es vorerst genug sein. Mögen alle Kameraden helfen, der Jugend die Wege zu ebnen. Nie möge vergessen werden, daß in der Jugend und durch die Jugend das Werk der Alten weiterleben wird. Wollen wir, daß die Arbeit vergangener Jahre künftig hin noch größeren Ertrag bringen soll, dann darf nichts vernachlässigt werden, was dazu dienen kann. In den Lehrlingsabteilungen unseres Zentralverbandes kann wertvolle Zukunftarbeit geleistet werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Reiseunterstützung 1922/1923.

Nach § 15 der Verbandsatzungen steht unseren reisenden Mitgliedern vom 1. Oktober bis zum 31. März die Reiseunterstützung des Verbandes zu, sofern sie hierauf berechtigten Anspruch haben. Auf Seite 51 unserer Satzungen sind hierüber Anweisungen gegeben. Die auf Reiseunterstützung Anspruch erhebenden Kameraden erhalten auf ihren Antrag einen „Reiseunterstützungsausweis“. Zu diesem Zwecke ist dem Zentralvorstande das Mitgliedsbuch zu übersenden. Voraussetzung ist, daß die Beiträge mindestens bis zum Tage der Einsendung des Buches entrichtet sind.

Die Höhe der Reiseunterstützung bewegt sich in den Normen, wie solche im § 14 der Satzungen für die Erwerbslosenunterstützung aufgeführt sind.

Unsere statistischen Feststellungen.

Zahlstellen, die die Karte für den 30. September noch nicht eingekandt haben, werden ersucht, das schnellst nachzuholen.

Drucksachen.

Nach den neuen Postbestimmungen werden unsere Blätter und Markenbestätigungskarten nicht mehr als Drucksachen anerkannt und befördert. Um das Strafporto zu vermeiden, ersuchen wir, diese Karten mit dem Porto für Postkarten zu versehen.

Bücherfütterale.

Die Bestellungen auf Bücherfütterale können nicht mehr berücksichtigt werden, weil solche nicht mehr vorhanden sind.

Neue Beitragsklassen.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung in der vorigen Nummer und anschließend an die in der Nummer 87 dieses Blattes, werden nachstehend die Beitrags- und Unterstützungsclassen (Streikunterstützung) aufgeführt, wie sich solche nach den erhöhten Stundenlohnsätzen in den Klassen 37 bis 60 gestalten werden.

In den 12 Beitragsklassen, 49 bis 60, ist mit 6 M gestaffelt; demgemäß ist auch die Streikunterstützung normiert, so daß in beiden Fällen immer 2 Klassen übersprungen werden. Hierdurch wird erreicht, daß wir mit der Klassenziffer nicht bis ins Uferlose hineingeraten.

Beitragsklasse	Stundenlohn		Für die Beitragsklasse		Erwerbslosenbeiträge
	M.	—	M.	—	
37	81,01	bis 83,—	61,50	20,50	24,60
38	83,01	" 85,—	63,—	21,—	25,20
39	85,01	" 87,—	64,50	21,50	25,80
40	87,01	" 89,—	66,—	22,—	26,40
41	89,01	" 91,—	67,50	22,50	27,—
42	91,01	" 93,—	69,—	23,—	27,60
43	93,01	" 95,—	70,50	23,50	28,20
44	95,01	" 97,—	72,—	24,—	28,80
45	97,01	" 99,—	73,50	24,50	29,40
46	99,01	" 101,—	75,—	25,—	30,—
47	101,01	" 103,—	76,50	25,50	30,60
48	103,01	" 105,—	78,—	26,—	31,20
49	105,01	bis 111,—	82,50	27,50	33,—
50	111,01	" 117,—	87,—	29,—	34,80
51	117,01	" 123,—	91,50	30,50	36,60
52	123,01	" 129,—	96,—	32,—	38,40
53	129,01	" 135,—	100,50	33,50	40,20
54	135,01	" 141,—	105,—	35,—	42,—
55	141,01	" 147,—	109,50	36,50	43,80
56	147,01	" 153,—	114,—	38,—	45,60
57	153,01	" 159,—	118,50	39,50	47,40
58	159,01	" 165,—	123,—	41,—	49,20
59	161,01	" 171,—	127,50	42,50	51,—
60	171,01	" 177,—	132,—	44,—	52,80

Die Streikunterstützung würde sich, den neuen Beitragsklassen entsprechend, wie folgt gestalten: (Dabei ist jedoch immer zu beachten, daß die Unterstützung sich nach der Zahl der in den höheren Klassen gelebten Marken richtet, und zwar bergestalt, daß jene Unterstützungsclassen in Frage kommt, in der die meisten der neuen Marken gelebt sind.)

Beitragsklasse	Beitrag für die Beitragsklasse	Tägliche Unterstützung bei einer Mitgliedsdauer			
		bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre bis zu 10 Jahren	über 10 Jahre
37	61,50	164,—	246,—	287,—	328,—
38	63,—	168,—	252,—	294,—	336,—
39	64,50	172,—	258,—	301,—	344,—
40	66,—	176,—	264,—	308,—	352,—
41	67,50	180,—	270,—	315,—	360,—
42	69,—	184,—	276,—	322,—	368,—
43	70,50	188,—	282,—	329,—	376,—
44	72,—	192,—	288,—	336,—	384,—
45	73,50	196,—	294,—	343,—	392,—
46	75,—	200,—	300,—	350,—	400,—
47	76,50	204,—	306,—	357,—	408,—
48	78,—	208,—	312,—	364,—	416,—
49	82,50	220,—	330,—	385,—	440,—
50	87,—	232,—	348,—	406,—	464,—
51	91,50	244,—	366,—	427,—	488,—
52	96,—	256,—	384,—	448,—	512,—
53	100,50	268,—	402,—	469,—	536,—
54	105,—	280,—	420,—	490,—	560,—
55	109,50	292,—	438,—	511,—	584,—
56	114,—	304,—	456,—	532,—	608,—
57	118,50	316,—	474,—	553,—	632,—
58	123,—	328,—	492,—	574,—	656,—
59	127,50	340,—	510,—	595,—	680,—
60	132,—	352,—	528,—	616,—	704,—

Erhöhte Postgebühren.

Vom 1. Oktober an gelten folgende Portofätze:
Postkarten im Ortsverkehr 1,50 M., im Fernverkehr 3 M.
Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 2 M., über 20 bis 100 g 4 M., über 100 bis 250 g 6 M.
Briefe im Fernverkehr bis 20 g 6 M., über 20 bis 100 g 8 M., über 100 bis 250 g 10 M. (Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 50 M. nach erhoben.)
Drucksachen bis 20 g 1 M., über 20 bis 50 g 1,50 M., über 50 bis 100 g 3 M., über 100 bis 250 g 6 M., über 250 bis 500 g 8 M., über 500 g bis 1 kg 10 M.
Geschäftspapiere bis 250 g 6 M., über 250 bis 500 g 8 M., über 500 g bis 1 kg 10 M.
Päckchen bis 1 kg 12 M.
Pakete bis 5 kg Maßzone 30 M., Fernzone 80 M., über 5 bis 7 1/2 kg Maßzone 40 M., Fernzone 120 M., über 7 1/2 bis 10 kg Maßzone 60 M., Fernzone 160 M., über 10 bis 15 kg Maßzone 100 M., Fernzone 280 M., über 15 bis 20 kg Maßzone 140 M., Fernzone 360 M. (Pakete von Verlegern, die nur Zeitungen und Zeitschriften enthalten — sogenannte Zeitungspakete — bis 5 kg in der Maßzone kosten 15 M.)
Postanweisungen bis 100 M. 6 M., über 100 bis 500 M. 10 M., über 500 bis 1000 M. 12 M., über 1000 bis 2000 M. 16 M., über 2000 bis 5000 M. 20 M. (Weißbetrag ist von 2000 auf 5000 M. erhöht).
Einschreibgebühr 4 M.
Einschreibung bei Vorauszahlung für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 6 M., nach dem Landbestellbezirk

18 M.; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 12 M., nach dem Landbestellbezirk 24 M.

Bar eingezahlte Zahlkarten bis 100 M. einschließlich 3 M., über 100 bis 500 M. 5 M., 500 bis 1000 M. 6 M., 1000 bis 2000 M. 8 M., 2000 bis 5000 M. 10 M., 5000 bis 20 000 M. 12 M., für je weitere 10 000 M. oder einen Teil dieser Summe mehr 6 M.; für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 30 M. für eine Zahlkarte; für Kassenschecks, die bargeldlos beglichen werden, 1/2 vom Tausend des Scheckbetrages, für Barauszahlungen mit Postcheck 2 vom Tausend des Scheckbetrages.

Gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 5 M., mindestens 50 M., im Ortsverkehr jedoch 3 M. für jedes Wort, mindestens 30 M.

Wir eruchen um genaueste Beachtung der neuen Sätze, damit Strafporto vermieden wird.

Der Zentralvorstand.

Raffengeschäftliches.

Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 30. September gingen folgende Beträge beim Unterzeichnen für die Zentralkasse ein: Aus Machen 10 000 M., Ahlen i. B. 500, Aen a. d. E. 2500, Allendorf 2810,50, Altfeld 7000, Alzeben 2000, Altenstittenbach 1000, Altlandsberg 1000, Angerburg 1498,40, Annaberg-Buchholz 16 000, Arnswalde 4050, Aschaffenburg 8000, Aschersleben 5000, Aue i. Erzgeb. 20 000, Augsburg 4000, Bad Harzburg 5000, Bargteheide 4000, Barnstedt 2000, Barnstorf i. Hann. 2700, Barth 4534,80, Pärwalde 1000, Baunzen 15 000, Bayreuth 5000, Beckum 4000, Beeskow 6084, Bensheim 4000, Berchtesgaden 5000, Bergen b. Celle 4800, Bernburg 11 000, Biberach 1768,20, Bielefeld 2, Bitterfeld 17 000, Bochum 27 000, Borna 10 000, Brannschweig 20 000, Bremen 95 000, Brunschw. haupten 1500, Büdelsberg 8000, Burg i. Ditm. 60, Burg b. Magdeb. 4747,30, Burgstädt 5000, Büßow i. M. 1800, Calbe a. d. S. 4054, Camburg 2000, Cassel i. W. 1000, Celle 11 000, Chemnitz 100 000, Coblenz 8000, Colditz 6000, Coswig 8000, Crefeld 173,40, Creuzburg a. d. B. 2000, Croßen a. d. O. 4950, Cüstrin 10 000,50, Curhaven 6000, Dahlen 1500, Dahme i. d. M. 2819, Darmstadt 47 000, Dassel 3000, Delitzsch 5000, Deutsch-Krona 3000, Döbeln 9000, Dortmund 40 000, Dresden 500 000, Driesen 2000, Droschitz 4000, Duisburg 30 000, Düffelndorf 30 000, Eckartsberga 2000, Egeln 10 000, Eilenburg 4900, Eisenach 12 000, Eisenberg 8500, Erding 8000, Erfurt 66 000, Essen 72 000, Eutin 4000, Falkenstein i. B. 8000, Frankenhäusen 3200, Freiburg i. Schlef. 8000, Freiwalde a. d. O. 2000, Falkenstein i. Bgld. 6000, Feldberg 1100, Forst i. d. Laus. 17 000, Förste a. S. 18 000, Frankenberg i. Sa. 8000, Frankenthal i. d. Pf. 6000, Freudenstadt 3300, Friedeburg a. Queis 4000, Friedrichsvalde 775, Fürstenwalde 7500, Gardelegen b. Garz a. N. 2000, Gehren 1536,90, Gera-N. 31 000, Geringswalde 8000, Gesen 4000, Gmund 5000, Gommern 8000, Görlitz 12 000, Goslar 4050, Gotha 4000, Göttingen 10 000, Grimma 7000, Großsch.-Pegau 7500, Gronau 7000, Großenhain 14 000, Gr.-Neuendorf 1500, Gr.-Strehlitz 2500, Gr.-Zimmerer 8000, Guben 12 710, Gummersbach 2000, Güstrow 10 000, Hagen i. W. 17 500, Halberstadt 7000, Halle a. d. E. 92 264, Hammerstein 900, Hantelshüttele 2000, Hannover 40 000, Hann.-Münden 3500, Hattungen 10 000, Helmbrichts 8000, Helmstedt 9000, Herrnhut 15, Herne 6000, Hildesheim 10 000, Hirschberg a. d. S. 3033,10, Hirschberg i. Schlef. 42 000, Jauer 4000, Jena 18 000, Jeknitz 7000, Jümenau 10 000, Johannsburg 4000, Jöhnde 6000, Jüterbog 13 000, Kalbe i. d. M. 6000, Kamenz 20 000, Karlsruhe 26 000, Kattowitz 20 000, Kehl 6500, Kellbra 2547,40, Kempen 8000, Kalberg i. P. 5400, Kötlin 35 000, Königsee 33, Königsmusterhausen 3000, Kößlin 10 000, Köpenau 2802,60, Kramichfeld 2400, Kronach 1000, Kulmbach 6000, Laage i. W. 2000, Lachendorf 4000, Lahr 200, Landeck 3410, Landsberg a. d. W. 10 000, Landshut 5000, Langenhielau 9000, Langenlitz 2400, Lauban 7800, Lauenburg a. d. E. 2000, Lehe-Geestemünde 18 000, Leipzig 200 000, Leisnig 5000, Leobschütz 4500, Leutkirch 500, Lette 2538, Liegnitz 10 000, Lüdnitz 2500, Lüßbach 800, Loitz i. P. 1980, Lörrach 8445, Lübeck 25 000, Lüben 2, Luda 3000, Ludwigslust 1400, Lüneburg 5137, Lychen 3000, Magdeburg 51 500, Mainz 32 700, Mannheim 87 000, Marienburg 4359, Marienwerder 3655, Markkissa 2500, Marne 4500, Meerane 8000, Merfeld 600,90, Mejeritz 2000, Meuselbach 2700, Minden 16 000, Mittenwalde 200, Merseburg 20 000, Möslein 45, Münden 188 000, Münster i. W. 6000, Münster i. S. 2000, Murnau 2988,50, Mauen 4000, Raumburg a. d. Saale 13 000, Meife 650, Neubrandenburg 2000, Neubudow 3000, Neulalen 2000, Neumarkt 2000, Neumünster 10 000, Neuruppin 8000, Neustadt a. d. O. 11 800, Neustrelitz 5000, Neuwied 10 000, Neuzelle 5000, Niemegeß 2000, Niesitz 14 000, Norden 3000, Nordheim 1400, Nürnberg 53 000, Oelsnitz i. Bgld. 7000, Ohlau 5000, Olbernhau 5000, Oldenburg 31 057,70, Oranienburg 8000, Ortelburg 2510,80, Osabrück 10 650, Osterburg 2500, Osterode i. Ojpr. 3304, Paderborn 2500, Pafewalk 3000, Penzlin i. M.-Schw. 2600, Pirneburg 9000, Plathe 2000, Plauen i. B. 20 000, Potsdam 20 000, Prenzlau 4000, Prien 2592,90, Pritz 8000, Querfurt 8000, Rathenow 20 000, Ratibor 91, Rehhof 825, Reichenbach i. Schl. 4000, Reichenbach i. B. 15 000, Reichenhäll 2309,35, Riesa 15 000, Roßleben 3000, Roßwein 11 000, Rosdorf 8000, Röttha 6000, Rothemühl 1000, Rudolstadt 5000, Saarlöben 20 000, Sagan 15 000, Salungen 5000, Seesen 5000, Seem 4500, Senftenberg 20 000, Siegen 10 000, Sommerfeld 8500, Sonneberg 10 000, Schippenbeil 241,40, Schleifungen 4500, Schmalldalen 2338,40, Schmölln 8000, Schongau b. Schönlanke 1500, Schwaan 3300, Schwarzenberg 2500, Schwarzenberg 150, Schwedt 2475, Schwerin 6100, Stabe 5000, Stallupönen 10 000, Staffort 8000, Stavenhagen 2000, Stettin 20 000, Stollberg 5300, Stolp i. P. 4000,40, Stolzenau 2000, Straßburg i. d. N.-M. 3120, Strehla 4000, Stuttgart 40 000, Taiflingen 1000, Tann a. b. Rhön 4653,90, Teterow 4050, Teßitz 15 000, Teßtedt 3500, Nim 6000, Teltow 4000, Trieren 4000, Willingen 4241,10, Verden 3002, Waldheim 8000, Waldshut 1000, Wanne 3200, Warin 1000, Wedel 4800, Wehlau 200, Weimar 10 000, Weizenzell 10 500, Weizwasser 4500, Werda 12 000, Werder 9000, Wernigerode 208, Westerland 6000, Wiehe 764,70, Wiesbinnen 5209, Wiesbaden 18 000, Wilsdorf 2000, Wismar 8000, Wittenberg.

Bez. Halle, 10 000, Zehdenick 6000, Zeitz 10 000, Ziebingen 1.50, Ziegenrück 2700, Zieleszig 3000, Zwickau 30 000, Einzelzahler der Hauptklasse 361, für Beiträge an die Unterförderungsstelle 32 977,65, für Inserate von Privaten 712, Diverfes 53 508,80.

Für den Kampf der Metallarbeiter Süddeutschlands gingen noch nachträglich ein: Aus Augsburg 2150 M., Bad Nijningen 165, Berne 85, Braunsberg 120, Burg b. Magdeburg 575, Bürgel i. Th. 125, Carolath 175, Coblenz 385, Cottbus 630, Crefeld 575, Dinkelsbühl 200, Ederndörfe 200, Egefort 200, Forchheim 260, Friedeberg a. Queis 260, Goldap 205, Großbreitenbach 260, Groß-Neudorf 170, Gärten 225, Hirschberg a. d. S. 435, Hornburg 250, Jengenfeld 680, Köckitz 415, Kollar 200, Lörrach 555, Marburg 200, Osnabrück 650, Plauen i. R. 1835, Rehlf 70, Reichensachsen 410, Regensburg 1100, Rosenbergl. Westpr. 165, Sagan 485, Schönebeck a. d. E. 700, Schwedt 160, Stolzenau 150, Třebitz 615, Treptow 165, Uetze 250, Willingen 200, Wiffelshövede 75, Wittenberg 350.

Für diverse der Hauptklasse in Rechnung gestellte Ausgaben gingen folgende Belege ein: Aus Augsburg 25 450,90 M., Bad Kösen 924, Baugen 120, Berlin 520, Bitterfeld 3300, Boizenburg 2889,70, Braunschweig 1156, Brieg 205,60, Burgdorf 550, Chemnitz 12 829,80, Coburg 1008, Golditz 860, Danzig 144 513,20, Delmenhorst 50 010,10, Deutsch-Wissa 1208, Dresden 954, Duisburg 504, Düsseldorf 647,50, Essen 120, Frankfurt a. M. 600, Friedland i. M. 388,50, Gölitz 480, Greifswald 5119, Grimma 95,90, Groß-Zimmern 635,80, Gulbrau 107,40, Güstrow 940, Halle 120,80, Hamburg 9646, Hirschberg i. Schl. 2690, Hohenmölsen 83,40, Ilfenburg 845,80, Jüterburg 360, Königsberg i. Pr. 100, Landau 83, Langenwies 6408, Lauf i. B. 332, Lehe-Geestemünde 9291,10, Leipzig 79 692,70, Leobschütz 848,40, Löben 2941,20, Lübeck 192, Magdeburg 512,80, Mannheim 120, Markkissa 600, Merseburg 7226,20, München 207, Namslay 884,50, Naumburg 1433, Neuruppin 360, Neufals 784,80, Nordhausen 300, Nürnberg 12 593,20, Oberneufkirch 100, Ohlau 1115, Oschersleben 380,30, Preuß.-Friedland 100, Neudorf 8775, Nichtenberg 1402, Noda 1794, Notzenmühl 93,80, Saßnitz 3180, Semd 93, Senftenberg 844,40, Sorau 479,40, Scheußitz 4051, Schönlanke 834,70, Stollberg 100, Strasburg i. d. Uckerm. 108,25, Tarnbach 10 541,50, Varel 2274,25, Verden 805,90, Wehla 2792, Weifenfels 83, Wernigerode 128,80, Wittenhausen 645,70, Wörmz. 120, Zehdenick 138, Zörbig 29,40.

Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 5 (Brandenburg).

Am 10. September fand in Berlin eine Gaukonferenz statt, in der als erster Gegenstand die letzte Lohnverhandlung und ihr Ergebnis behandelt wurde. Gauleiter Knüpfer gab zunächst ein Bild über die 9 bezirklichen Verhandlungen der verflochtenen 8 Monate. Nur in 2 Verhandlungen kam eine Regelung mit den Unternehmern zustande; in den übrigen 7 Fällen mußte das Lohnamt entscheiden. Der letzte Schiedspruch ist für unsere Zahlstellen von besonderem organisatorischem Vorteil. Es ist das erstmalig, daß die 66 Lohnklassen durch Schiedspruch in 5 Lohngruppen eingeteilt wurden. Die Gauleitung war sich bewußt, daß bei einer solchen Neuordnung auch Härten mit in Kauf genommen werden müssen. Trotzdem haben wir den Zahlstellen den Rat erteilt, dem Schiedspruch zuzustimmen. Die Annahme ist mit 91 % erfolgt. Die Schiedsprüche sind als Ganzes zu betrachten, mithin hat sich die Minderheit der Mehrheit unterzuordnen. — Es folgte eine sehr lange Diskussion ein, in der einige Redner für eine Verfestigung ihres Lohngebietes in eine höhere Lohngruppe waren; ein anderer Teil war mit dem Schiedspruch nicht zufrieden. Rüggebrecht-Eberswalde lehnte den Schiedspruch ab und kritisierte in scharfen Worten die Gauleitung sowie die Weisheit des Bezirkslohnamtes. Durch Abstimmung über die bisherigen Weisheit des Lohnamtes ihr Amt weiter aus. Folgende von Klubunde-Wirkenwerder eingebrachte Entschließung fand Annahme: „Die am 10. September 1922 im Gewerkschaftshaus in Berlin tagende Gaukonferenz für die Provinz Brandenburg des Zentralverbandes der Zimmerer beauftragt den Gauvorstand, bei zukünftigen Lohnverhandlungen und Tarifabschlüssen dahin zu wirken, daß die Löhne entsprechend dem Weltmarktpreis zu gestalten sind und auf der Basis der Goldwährung geführt werden müssen, um die Mitglieder vor weiterer Verelendung zu schützen.“

Als zweiter Punkt wurde ein Vortrag des Genossen Lüdemann und des Bezirksleiters Lehmann über Gründung eines Bauhüttenbetriebsverbandes für die Provinz Brandenburg entgegengenommen. In der Diskussion traten alle fünf Redner als Gegner auf. — Eine von der Gauleitung vorgelegte Entschließung, sich an der Gründung des Bauhüttenverbandes zu beteiligen, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Als dritter Punkt wurde die Frage: „Soll ein Bezirksarbeitsvertrag abgeschlossen werden?“ behandelt. Nachdem Gauleiter Knüpfer eine kurze Einleitung gegeben und mehrere Redner für und gegen gesprochen hatten, wurde gegen eine Stimme der Abschluß eines Bezirksarbeitsvertrages gutgeheißen. Es wurden darauf die einzelnen Paragraphen durchberaten und der hierzu von der Gauleitung gemäß den eingegangenen Anträgen aus den Zahlstellen ausgearbeitete Entwurf angenommen. Dann wurde eine sechsgliedrige Verhandlungskommission, bestehend aus: Rüggebrecht-Eberswalde, Lesèvre-Schwedt, Arndt-Wittenberge, Lange-Natzenow, Goldenius-Landsberg und Vehniger-Guben gewählt. Die dadurch entstehenden Unkosten werden laut Beschluß durch Umlageverfahren der beteiligten Zahlstellen gedeckt, das von der Gauleitung zu regeln ist. Ein Antrag, alle Vierteljahr eine Gaukonferenz abzuhalten, wurde abgelehnt und es der Gauleitung überlassen, je nach Bedarf eine Gaukonferenz einzuberufen. Unter „Verchiedenes“ bezog Kamerad Knüpfer auf den Arbeitsnachweis der Zimmerer Berlins, der von allen Kameraden, die von außerhalb kommen, benutzt werden muß.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreckt wird in Behnsdorf, Helldungen, Königsberg i. d. Neumark und Senftenberg. Gesperrt ist in Potsdam die Norddeutsche Baugesellschaft.

Erfolgreicher Streik in Gardelegen. Die Unternehmer hatten sich geweigert, den durch Schiedspruch festgelegten Lohn in der Höhe von 69 M vom 4. September an zu zahlen. Die Arbeit ist am 26. September wieder aufgenommen worden. Es wurde ein voller Erfolg erzielt. Die Unternehmer müssen für die zurückliegende Zeit nachzahlen, sie haben die Bestimmungen des Bezirksvertrages anerkannt.

Erfolgreiche Beilegung der Differenzen in Bad Bramstedt. Eine alte, langumstrittene Forderung der Zimmerer von Bad Bramstedt war die Gleichstellung des Stundenlohnes mit Neumünster. Am 1. Juni dieses Jahres gestanden die Unternehmer diese Forderung mündlich zu. Eine Ende Juli für Neumünster durch freie Vereinbarung erzielte Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne um 8 M weigerten sich jedoch die Bramstedter Unternehmer anzuerkennen; sie bezeichneten die Vereinbarung in Neumünster als außertariflich. Eine Einigung war nicht möglich. Um das mündlich gegebene Versprechen zu erzwingen, lösten sämtliche Kameraden das Arbeitsverhältnis und suchten sich Arbeit in der Umgebung. In Vorverhandlungen haben die Unternehmer die volle Anerkennung des für Neumünster üblichen Lohnes zugestanden; auch die Nachzahlung der Differenz für eine Woche. Strittig blieb nur noch die Nachzahlung für die Arbeitswoche vom 5. bis 11. August. Diese Differenzen sind nunmehr durch erneute Verhandlungen am 25. September beigelegt worden. Die Unternehmer verpflichteten sich schriftlich, bis zur Neueinteilung der Wirtschaftsgebiete für den Neuabschluß des Bezirkslohnartikels den Lohn für Bad Bramstedt mit Neumünster gleichzustellen. Zur Beilegung der Differenz über die Nachzahlung für die Woche vom 5. bis 11. August wurde ein Schiedsgericht eingesetzt, dessen Spruch beide Parteien anerkennen werden. Die Arbeit ist am 26. September wieder aufgenommen worden. Der Stundenlohn beträgt nunmehr für die Zeit vom 16. September bis 30. September einschließlich 75 s Werkzeugzulage, 94,85 M.

Verhandlungen in Hannover. Am 4. September wurde mit dem Bezirksarbeitgeberverband eine Lohnsteigerung von 5 M die Stunde vereinbart, und zwar vom 7. September an. Am 19. September fanden zur Schaffung eines Bezirksvertrages weitere Verhandlungen statt, die ohne Ergebnis verliefen. Lohnforderungen in der Höhe von 40 % für die zweite Hälfte des September wurden ebenfalls abgelehnt. Das freie Schiedsgericht entschied am 25. September, daß für die laufende Lohnwoche eine Lohnsteigerung von 18 M die Stunde eintritt. Neue Verhandlungen finden in der Woche vom 9. bis 14. Oktober statt. Beide Parteien haben der Entscheidung zugestimmt.

Erfolgreiche Lohnverhandlungen für den Freistaat Braunschweig. Durch Verhandlungen wurde eine Verfestigung dahin erzielt, daß vom 21. September an eine Lohnsteigerung von 15 M die Stunde eintritt. Der Lohn gilt bis einschließlich 7. Oktober.

Lohnregelung in Danzig. Für die Zeit vom 15. bis 29. September ist ein Stundenlohn von 76 M und außerdem 5 M Werkzeugentschädigung vereinbart worden. Am 27. September haben weitere Verhandlungen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß für die Zeit vom 30. September bis 12. Oktober ein Stundenlohn von 100 M gezahlt wird. Die Werkzeugentschädigung bleibt mit 5 M pro Stunde bestehen.

Lohnregelung in Deutsch-Krone. Durch den Schlichtungsausschuß in Schneidemühl ist für die zweite Hälfte des Monats September ein Stundenlohn von 54 M festgesetzt worden. Beide Parteien haben zugestimmt.

Erneute Verhandlungen in Schlesien. Das Lohnamt hatte entschieden, daß vom 15. September an auf alle bestehenden Löhne 57 % zugulegen seien. Die Unternehmer hatten diesen Spruch abgelehnt und nur 40 % Zuschlag vom 15. September an zur Auszahlung gebracht. In einigen Orten war deshalb die Arbeit eingestellt worden. Zur Behebung dieser Differenzen fanden am 21. und 23. September beim Oberpräsidenten der Provinz Schlesien Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß der Lohnanspruch in allen seinen Teilen aufrechtzuerhalten ist. Eine Nachzahlung findet nicht statt. Es werden also vom 15. September an 40 % und vom 22. September an 57 % zum Grundlohn vom 13. September gezahlt. Vom 29. September an werden weitere 22 % zugelegt. Dieser Lohn gilt bis 12. Oktober. Die Löhne betragen somit vom 29. September an in Breslau 105 M, in Liegnitz 103 M, in Girschberg 103 M und in Gölitz 104 M die Stunde.

Aus Rheinland-Westfalen. Hier im Bezirk ist eine Fusion der Arbeitgeberverbände vor sich gegangen. Der Westdeutsche Baugewerbeverband, der Rheinische, der Düsseldorfser und der Westfälische Arbeitgeberverband für das Baugewerbe haben sich zum Rheinisch-Westfälischen Baugewerbeverband zusammengeschlossen. Dieser wiederum hat mit dem Beton- und Tiefbau- wie mit dem Reichsverband für das Tiefbaugewerbe eine bezirkliche Tarifgemeinschaft für ganz Rheinland-Westfalen geschlossen. Hauptzweck dieser Konzentration ist der Abschluß eines für Rheinland-Westfalen geltenden Lohn- und Arbeitsartikels, die Beseitigung der bisherigen 2 Lohnämter in Essen und Köln und Schaffung nur eines Lohnamtes für den ganzen Bezirk mit dem Sitz in Düsseldorf. Dieses Verlangen wurde von den baugewerblichen Arbeiterverbänden abgelehnt. Ein Schiedsgericht hat entschieden, daß künftighin 2 Tarifgebiete zu bilden sind. Das eine Gebiet soll die bisherigen Tarifgebiete Industriebezirk, Sauerland, Siegerland, Münsterland, Bippstadt-Paderborn, das andere die Tarifgebiete Köln, Coblenz, Trier, Crefeld,

Düsseldorf und Barmen umfassen. Die Parteien sollen hierüber bis 30. September entscheiden.

In Düsseldorf ist zurzeit „Wildwest“. Unter Führung eines Schachmeisters Mill aus Essen sind die Syndikalisten, Unionisten und die Chemnitzer Richtung bei einer großen Firma in den Streit getreten. Unter Ausschaltung der gewerkschaftlichen Organisationen wird eine Lohn-erhöhung von 45 % über den jeweiligen Tariflohn gefordert. Diese wilde Bewegung nehmen die Unternehmer zum Anlaß, um die Verhandlungen für sämtliche Tarifgebiete zu sabotieren und die von den Bezirkslohnämtern entschiedene Lohn-erhöhung nicht zur Auszahlung zu bringen. Unsere Kameraden im Westfälischen Bezirk riefen dieserhalb den Schlichtungsausschuß in Barmen an, der entschied, daß die Unternehmer nicht berechtigt seien, wegen Streiks in einem fremden Tarifgebiet Verhandlungen abzulehnen. Eine Entscheidung über Lohn-erhöhung lehnte der Ausschuß ab, da hierfür das Bezirkslohnamt zuständig sei. Diese Entscheidung genügt den Mitgliedern der Zahlstelle Barmen nicht; sie traten am andern Tage in den Streik.

Am 26. September hat das Bezirkslohnamt in Köln entschieden, daß mit Wirkung vom 25. September an der Lohn um 40 M zu erhöhen ist. Die Düsseldorfser Unternehmer gaben vor Fällung des Schiedspruches die Erklärung ab, daß sie nur dann dem Schiedspruch beitreten würden, sofern die wilden Streiks aufgehoben werden. Erfreulicherweise hat unsere Düsseldorfser Mitgliedschaft sich mit voller Gimmütigkeit gegen die wilden Bewegungen entschieden. Bis zum 8. Oktober sollen die Parteien über Annahme oder Ablehnung entschieden haben.

Für die übrigen Tarifgebiete hatte das Essener Bezirkslohnamt am 29. September zu entscheiden. Dort glaubten die Unparteiischen, die seit dem 23. August eingetretene Teuerung mit einer Lohn-erhöhung von 30 % abgeben zu können. Diese Lohn-erhöhung soll Geltung haben vom 1. bis 15. Oktober. Die Unternehmervertreter stimmten für, die Arbeitervertreter gegen den Schiedspruch. Ueber Annahme oder Ablehnung ist innerhalb 8 Tagen zu berichten.

Werkzeugpreise und Werkzeugenschädigung. Die Anschaffung von Werkzeugen ist heute kaum noch möglich; nahezu unmöglich ist sie für den jungen Nachwuchs, den unser Beruf nicht entbehren kann. Einen Einblick in die Werkzeugpreise gibt eine uns aus Merseburg zugegangene Aufstellung. Es mühten bezahlt werden am 15. September 1922 für eine Art 450 M (am 15. Mai 105 M), ein Handbeil 360 M (70 M), ein Winkelzahn 775 M (115 M), eine Stoß- art 450 M (200 M), ein Stemmeisen mit Gefäß 375 M (85 M), ein Klopffloß 190 M (18 M), eine Handfäße, gewöhnliche, 290 M (70 M), ein Ratthammer 290 M (65 M), ein Schmiegenstoß 112 M (22 M), ein Zöllstoß, 2 Meter, 255 M (36 M), ein Zöllstoß, 1 Meter, 60 M (15 M), ein Arbeits- kleistift 11,50 M (3 M), ein Schlichthobel, einfach, 525 M (143 M), ein Schlichthobeleisen mit Klappe 340 M (175 M), ein Doppelhobel 710 M (175 M), ein Fughobel, Rauban, 909 M (395 M), ein Schrubbhobel, einfach, 480 M (105 M), ein Schrubbhobeleisen mit Klappe 300 M (150 M), ein Einsphobel, 20 Millimeter, 100 M (60 M), ein Rundstabhobel bis 20 Millimeter 184 M (65 M), ein Hobeleisen, durch- schnittlich, 185 M (30 M), ein Stechbeutel, 20 Millimeter, 192 M (28,50 M), ein Stechbeutel, 26 Millimeter, 238 M (35 M), ein Stechbeutel, 30 Millimeter, 285 M (42,50 M), ein Stechbeutel, 40 Millimeter, 440 M (66 M), ein Lochbeutel, 5 Millimeter, 180 M (24 M), ein Lochbeutel, 10 Millimeter, 200 M (30 M), ein Hobeleisen, 10 Millimeter, 166 M (24,50 M), ein Hobeleisen, 20 Millimeter, 210 M (31,70 M), ein Hobeleisen, 25 Millimeter, 250 M (40 M). Zusammen am 15. Mai 2374,50 M, am 15. September 9490,50 M. Die Steigerung beträgt somit rund 400 %. Sie erbringt den schließlichen Beweis, daß Werkzeugenschädigungen von 1 1/2 % des Stundenlohnes belanglos sind und fast gar nicht ins Gewicht fallen. Eine anderweitige Regelung ist dringend nötig für Gesellen sowohl als auch für unsere Lehrburschen; denn diese sind besonders schämen dran bei den paar Mark Lohn, die sie durchweg von ihren Meistern erhalten. Ob die Unternehmer nicht bald ein Einsehen haben werden?

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. Am 18. September fand im „Wittelsbacher Hof“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Nachdem der Vorsitzende den Bericht von den Lohnverhandlungen in Nürnberg erstattet hatte, wurde der dort gefällte Schiedspruch einstimmig angenommen. Hierauf sprach Kamerad Schönfelder, Hamburg, über „Wirtschaftsleben und Gewerkschaftskampf“. Er kennzeichnete in seinen Ausführungen die schwierige Lage des deutschen Wirtschaftslebens und schilderte die Gefahren, die der Arbeiterschaft daraus erwachsen. Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, diese Schäden nach Möglichkeit abzumenden. Noch sei der Kapitalismus nicht überwunden. Sollte die kapitalistische Wirtschaft zur sozialistischen umgestellt werden, müsse die Arbeiterschaft die wirtschaftliche Macht besitzen. Erreicht könne dieses Ziel nur werden, wenn jeder Arbeiter voll und ganz an deren Erringung teilnehme. Im Anschluß hieran erstattete der zweite Vorsitzende den Bericht von der letzten Gewerkschaftsplaner- sichtigung. Des weiteren wurde über Jugendorganisation, Wei- tragsregelung und örtliche Angelegenheiten gesprochen.

Hamburg und Umgegend. Zahlstellenversammlung am 17. September. Die Abrechnung vom 2. Quartal erstattete Stoike. Ueber die Verhandlungen, betreffend den Zusammenschluß mit den umliegenden Zahlstellen, berichtete Steinfeldt. Danach sollen mit Schluß des 3. Quartals die bisherigen Zahlstellen Bergedorf, Reinbek, Geesthacht, Pinne- berg, Wedel und Ahrensburg mit der Zahlstelle Hamburg vereinigt werden. Dem von der Kommission ausgearbeiteten Verschmelzungsvorschlag wurde debattelos zugestimmt. Ueber den Stand der Ortsvertragsverhandlungen berichtete eben- falls Steinfeldt eingehend. Nach einer Schilderung des bisherigen Verlaufs der Verhandlungen teilte er mit, daß die Verhandlungen an der Haltung der Unternehmer in der Arbeitsnachweisfrage gescheitert seien. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Entschließung einstimmig an- genommen: „Die Versammlung hat Kenntnis genommen von dem Scheitern der Tarifverhandlungen. Sie billigt ausdrücklich die Haltung der Verhandlungssteilnehmer. Sie

beauftragt den Vorstand, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um den Abschluß eines günstigen Lohn- und Arbeitsvertrages herbeizuführen. Insbesondere in der Arbeitsnachweisfrage beschließt die Zahlstellenversammlung, daß derjenige, der unter den entstandenen Verhältnissen den Nachweis umgeht und damit die Stellung der Unternehmer stützt, als Streifbrot aus dem Verband ausgeschlossen wird. Dann folgte die Beratung des Zahlstellenregulativs. Raummangels halber sehen wir von der Veröffentlichung der Änderungen ab. Jedes Mitglied erhält ein Regulativ zugestellt. Als zweiter Schriftführer wurde Kamerad Köhler gewählt und als Revisoren der Zentralkasse die Kameraden Huber und Rasmann bestimmt. Bezüglich der Akkordarbeit im Betonbau wurde nach längerer Aussprache beschlossen, die Meinung der Kameraden in den Bezirken einzuholen und in der nächsten Zahlstellenversammlung zu entscheiden. Nach Erlebigung weiterer interner Angelegenheiten war Schluß der Versammlung. Unentschuldig fehlten die Kameraden Schwartau, Barghusen, Lüdemann, Hinrichs, Meier, Konstantin, Willens, Langenhagen, Rogmann, Naab, Herdmann, Huber, Lüth, Heidorn, Wichern, Garfand, Tiedemann, Koch, Götsch, Krumlinde, Briz, Lütgens, Kent, Behn, Bod, Krahmann, Rehder, Bentorf, FINDER, Gille.

Niegnitz. Am 20. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete zunächst Bericht von den Lohnverhandlungen in Breslau. Das Lohnamt habe einen Schiedsspruch gefällt, der vom 15. September an eine Erhöhung von 57% auf den Grundlohn vorsah, dazu eine Aufbesserung der Werkzeugzulage von 60 S auf 1 M. Die Unternehmer hätten in der ganzen Provinz diesen Schiedsspruch abgelehnt. Sie seien aber gewillt, 40% freiwillig zu zahlen, auch wenn das von uns abgelehnt würde. Die Aussprache ergab, daß die Versammlung ihre Stellungnahme von dem weiteren Verhalten der Unternehmer abhängig machen will. In „Verschiedenes“ wurde für den 21. Oktober ein Herbstergnügen beschlossen und ein Komitee gewählt. Anschließend wurde Kamerad Köbe als zweiter Vorsitzender gewählt. Im weiteren streifte Kamerad Jöbel die Not der Arbeiterpresse und ermahnte die Kameraden, Wert auf die Erhaltung ihrer Parteizeitung zu legen. Ferner wurde auf die im Laufe des nächsten Monats stattfindenden Betriebsrätelehrvorträge hingewiesen.

Saarbrücken. Am 17. September fand eine Zahlstellenversammlung statt. Anwesend waren von Saarbrücken einschließlich der Vertreter des Vorstandes 10, Böllingen 7, Louisenthal 2 Delegierte, Ottweiler, Dillingen und St. Ingbert je 1 Delegierter; Neunkirchen und Zweibrücken waren nicht vertreten. Ferner war Kamerad Schumann, Hamburg, erschienen. Kamerad Schumann schilderte die verschiedenartigen Aufgaben der Verbandszahlstellen in den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Diese Aufgaben richten sich nach der Struktur der Wirtschaftsgebiete; sie ändern sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Die höchsten Anforderungen würden an Zahlstellen in großen Industriebezirken gestellt. Ihre organisatorischen Einrichtungen seien abhängig von ihren wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie müßten sich aber den veränderten Verhältnissen anpassen, andernfalls die Interessensvertretung der Kameraden vernachlässigt werde. In Zahlstellen, ganz besonders in Industriegebieten, die eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht hätten, sei die ideale ehrenamtliche Verwaltung nicht mehr möglich; es müsse die Freistellung eines Kameraden erfolgen. Auf einer solchen Stufe sei die Zahlstelle Saarbrücken angelangt. Die Vorstandsgeschäfte könnten selbst bei ganzer Hingabe für die Sache, ehrenamtlich nicht mehr befriedigend erledigt werden. Die Freistellung hätte bereits vor längerer Zeit erfolgen sollen, wenn nicht innere Verhältnisse davon abgehalten hätten. Die Folgen hätten sich bereits bemerkbar gemacht in dem Verlust der Uebersicht und der Kontrolle über die einzelnen Baustellen, Gefährdung des Achtstundentages, dem Aufkommen von Lösungsbestrebungen und damit Verlust der Zahlstelleneinheit und Schlagkraft. Um wieder geordnete Zustände in der Zahlstelle Saarbrücken zu schaffen, habe sich der Zentralvorstand entschlossen, den Kameraden die dauernde Freistellung eines Kameraden zu empfehlen. In der Diskussion wurde eingehend die angeregte Frage erörtert. Von allen Rednern wurde die Notwendigkeit einer Anstellung anerkannt und ihre baldige Verwirklichung befürwortet. Dringend ermahnte Kamerad Schumann in seinem Schlußworte die Kameraden, alle Zimmerer im Saargebiet, auch die Hüttenzimmerleute, dem Verbandsaufbau zuzuführen. Hierauf wurde über die Anstellung abgestimmt; für eine solche erklärten sich 25 Delegierte, 1 stimmte dagegen. Sodann wurde eine Kommission gewählt, die die Vorarbeiten für die Anstellung bewerkstelligen soll. Im weiteren begründete Kamerad Eiserloh die Erhöhung des Beitrages; so bald wie möglich müsse ein Stundenlohn als Pflichtbeitrag eingeführt werden. Dem wurde zugestimmt. In „Verschiedenes“ wurde zur Entscheidung die Stellung genommen. Einheimischen wurden 100 M., Auswärtigen nach Angabe sowie das Jahrgeld bewilligt. Ferner kam die Lohnfrage noch zur Sprache. Der Vorsitzende gab ein Schreiben bekannt, in dem die Unternehmer eine Lohn-erhöhung vom 15. September an ablehnen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu treten, damit möglichst bald Verhandlungen stattfinden können.

Sagan. Am 8. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Zunächst gab der Kartelldelegierte den Bericht über die letzte Kartellsitzung. Zum Punkt „Lohnangelegenheiten“ teilte der Vorsitzende mit, daß die Verhandlungen am 28. August in Breslau uns 14 M. Lohn-erhöhung gebracht haben. Ferner gab er bekannt, daß hier ein Samariterbund gegründet worden sei. Zur Beschaffung der nötigen Gebrauchsgegenstände wurden aus der Lokalkasse 500 M. bewilligt. Wegen der Beitrags-erhöhung gab es eine lange Debatte. Nach längerer Beratung wurde beschlossen, vom 1. Oktober an einen Stundenlohn als Beitrag zu zahlen.

Soltan. Am 23. September tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung. Der Vorsitzende verlas zuerst ein Schreiben vom Gauleiter, wonach der Stundenlohn vom 1. Sep-

tember an 80,50 M. beträgt. Der Aufschlag von 22 M. für die Stunde wurde erst bei nochmaliger bezügl. Verhandlung erreicht; denn bei der ersten Verhandlung waren nur 11 M. zugestimmt. Unsere Lohnbewegung hatte im letzten Monat folgenden Verlauf: Ende Juli betrug unser Stundenlohn 28,50 M.; für den Monat August erhielten wir eine Zulage von 18 %, jedoch gelang es uns durch Druck auf die Unternehmer, sie zu örtlichen Vereinbarungen zu bewegen. In diesen war es möglich, unsern Stundenlohn auf 38,50 M. zu bringen. Die Unternehmer machten jedoch zur Bedingung, daß wir auf etwaige Erhöhungen, die im Laufe des Monats August bezügl. vereinbart würden, keinen Anspruch hätten. Diese Bedingung wurde von uns angenommen. Nachdem wurde bezügl. eine Stundenzulage von 5 M. vom 27. August an und 6 M. vom 1. September an vereinbart. Diese 11 M. erhielten wir vom 1. September an. Damit beträgt nun unsere Lohn-erhöhung für September 27 M. pro Stunde. Den Kartellbericht erstattete Kamerad Behr; danach finden im Winterhalbjahr Unterrichtskurse gegen geringes Entgelt statt. Anmeldungen nimmt das Kartell entgegen. Mit einem Appell an die Kameraden zur Wahrung des Achtstundentages und zum besseren Versammlungsbesuch schloß Kamerad Nauch die Versammlung.

Tuttlingen. Am 19. September fand bei dem Kameraden Dold eine Mitgliederversammlung statt, die schlecht besucht war. Es sind immer die gleichen Kameraden, die fehlen. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Gauleiters. Kamerad Schwenninger wurde einstimmig gewählt. Bezügl. Beitrags-erhöhung wurde beschlossen, die 33. Beitragsklasse vom 1. Oktober an zu heben. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten geregelt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste Versammlung besser besucht sein möge.

Zwickau. Wieder stand in unserer Versammlung der alte Punkt „Lohnverhandlungen“ auf der Tagesordnung. Der sprunghafte Steigerung aller Preise im August und September hat unser Lohn nicht standgehalten. Wir sind mit dem Lohn ein großes Stück hinter der Steigerung zurückgeblieben. Es muß versucht werden, hierin in Zukunft Abhilfe zu schaffen. Bei den letzten Lohnverhandlungen in Dresden haben die Vertreter der Arbeiter eine Forderung von 110 M. aufgestellt. Sie wurde auch in trefflicher Weise begründet. Die Unternehmer machten jedoch zunächst gar kein Angebot. Nach längerem Verhandeln gelang es, eine Lohn-erhöhung von 20 M. zu erreichen. Dieses Angebot wurde von der Zahlstelle mit 57 gegen 40 Stimmen angenommen. In „Verschiedenes“ wurde das Resultat der letzten Sitzung der Schlichtungskommission bekanntgegeben; es fiel zugunsten Kirchbergs aus. Danach müssen dort auch die 2 M. Großstadtzulage gezahlt werden.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich bei Montagearbeiten der Dinglerischen Maschinenfabrik A.-G., Zweibrücken, in S o m b u r g. Durch Bruch einer Gerüststange stürzte ein Gerüstaufbau zusammen, wobei 4 Arbeiter etwa 12 m tief abstürzten und teilweise von den Trümmern bedeckt wurden. Mit Knöchel- und Oberschenkelbrüchen konnten die Verunglückten geborgen werden. Sie wurden mit Automobilen ins Krankenhaus nach Zweibrücken gebracht, nachdem ihnen Notverbände angelegt waren. Lebensgefahr besteht für die Verletzten nicht.

Gewerkchaftliche Rundschau.

Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose. Die Vorkände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes haben beim Reichsarbeitsministerium eine der Preissteigerung angemessene und halb-mögliche Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose beantragt. Die letzte Erhöhung der Sätze trat mit dem 1. August dieses Jahres ein. Schon damals wurde vom Reichsarbeitsministerium und vom Finanzministerium ausgesprochen, daß bei weiterer Entwertung des Geldes angemessene Erhöhungen eintreten sollten. Schon im Hinblick auf die Gefahr, daß in nächster Zeit wieder größere Massen von Arbeitern erwerbslos werden, ist zu hoffen, daß die Erhöhung der Unterstützungssätze baldig eintritt.

Der Deutsche Sutarbeiterverband hat zufolge eines Beschlusses seiner 13. Generalversammlung in der Zeit vom 23. bis 28. September eine Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband vorgenommen. Von 29 091 Mitgliedern stimmten ab 13 269. Dabon waren für die Verschmelzung 6992, dagegen 6153. 124 Stimmen waren ungültig. Abgestimmt haben 46 v. H. der Mitglieder. Da eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden für die Verschmelzung nicht erreicht wurde (8854), kann der Zusammenschluß nicht erfolgen.

Literarisches.

Singänge.

Heinrich Diez. Ein kultureller Bahnbrecher. Die von der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, herausgegebene Schrift würdigt das Lebenswerk des kürzlich verstorbenen Heinrich Diez und ruft zur Gründung einer „Heinrich-Diez-Gesellschaft“ auf, einer Zusammenfassung aller geistigen und körperlich Schaffenden, die ernst um die Befestigung und Vertiefung ihrer sozialistischen Weltanschauung ringen. Der jährliche Beitrag beträgt 250 M. Die Mitglieder der Gesellschaft erhalten alle Veröffentlichungen derselben zu einem ermäßigten Preis.

„Die Rheinlande in der Franzosenzeit.“ Ein neues Geschichtswerk von Dr. Alexander Conrady, das zu der in den letzten Jahren wieder aufgerollten Rheinfrage in strenger Sachlichkeit Stellung nimmt. (Verlag: J. S. B. Diez Nachf., Berlin SW 68, Ladenpreis broschiert 200 M., gebunden 300 M.) Aus dem reichen Inhalt des Wertes seien folgende Kapitel erwähnt: Der alte Rhein, Aufklärung und Herkommen,

Junggeist und Industrie. Die Revolutionszeit bis zur Rückeroberung von Mainz. Der Verlust des linken Rheinufer. Hibernanen, Anexionisten, Fremdberrscher. Französische Herrschaft auf beiden Ufern. Das Ende der Fremdberrschaft.

Die Urentwicklung der Menschheit. Von Dr. O. Fauser. Verlag: Buchhandlung „Freiheit“, Berlin SW 61, Urbanstr. 7. Der erfolgreiche Entdecker urgeschichtlicher Rassen und Kulturen gibt in diesem Bändchen einen fesselnden Ueberblick über die Abstammung des Menschen. Preis 20 M.

Der rote Aufbau. Monatschrift der proletarischen Wirtschaftshilfe für Sowjetrußland. Verlag: Auslandskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin, Unter den Linden 11. Preis pro Nummer 8 M.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 9. Oktober:

Hendeburg: Abends 7 Uhr im „Gesellschaftshaus“ Marktstraße.

Dienstag, den 10. Oktober:

Nachen: Im Lokal von Kild, Andolfstr. 44. — **Chemnitz, Bezirk Pöhlenstein.** — **Hersfeld:** Nach Feierabend bei Hillert, Brüderstraße. — **Ulm:** Nach Feierabend in der Wirtschaft „Zur Insel“.

Mittwoch, den 11. Oktober:

Wschaffenburg: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — **Duisburg-Wülheim a. d. R.:** Abends 6 Uhr bei Müller, Dickswall. — **Niesky:** Nach Feierabend im Gasthof „Zum Stern“. — **Siegen:** Abends 7 1/2 Uhr in der Wirtschaft von Wilhelm Jung, Sandstraße.

Donnerstag, den 12. Oktober:

Glogau: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Schalau, Laubenstr. 11. — **Neumünster:** Abends 7 Uhr bei Blohm, Pöner Straße 25. — **Penzig:** Eine halbe Stunde nach Feierabend. — **Siegen, Bezirk Ferndorf:** Abends 7 1/2 Uhr in der Wirtschaft von Nottmann.

Freitag, den 13. Oktober:

Vorham: Abends 6 1/2 Uhr bei Gust. Janzen, Marienstraße. — **Eisenberg:** Nachm. 5 Uhr bei Wächner. — **Zahn i. Schl.:** Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Schrammel. — **Merseburg:** Abends 7 1/2 Uhr Hauptversammlung in der „Juntenburg“. — **Radolffzell:** Abends 8 Uhr im „Krotobil“.

Sonntag, den 14. Oktober:

Dölich: Abends 7 Uhr im Gasthof von Martin Leh. — **Leer i. Dstf.:** Abends 7 1/2 Uhr bei H. Fischer, Wörde. — **Lützen.** — **Schwerin:** Abends 7 1/2 Uhr bei Sloman, Großer Moor. — **Strehlen:** Nach Feierabend bei Gastwirt Friedemann. — **Tangermünde:** Abends 8 Uhr im „Kaiserhof“. — **Trier:** Abends 8 1/2 Uhr „Zu den zwei Löwen“, Jüdemer Straße. — **Waren:** Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“.

Sonntag, den 15. Oktober:

— **Offen:** Vorm. 10 Uhr in „Stadt Eberfeld“, Steeler Straße, Ecke Postallee. — **Selkenkirchen, Bezirk Gladbek:** Vorm. 10 Uhr bei Wormland, Ecke Kaiser- und Hochstraße. — **Pagen i. W.:** Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Ecke Eberfelder- und Bergstraße. — **Immenstadt:** Vorm. 9 Uhr im Lokal „Weizenbrauerei“.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 3. September starb infolge Unglücksfalles unser Kamerad **Franz Tomeler** im Alter von 20 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle **Stollberg i. Erzg.**

Nachruf.

Am 6. September starb an den Folgen eines Herzschlages unser treuer Kamerad **Karl Bürglin**. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle **Lörrach**.

Nachruf.

Am 19. September starb, vom Schnellzug überfahren, unser Kamerad **Karl Fehrmann** im Alter von 54 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle **Düffeldorf**.

Georg Wilfersegger (Buchnummer 343 723) wird ersucht, seiner Verpflichtung gegen die Zahlstelle Eggenfelden nachzukommen. Wird seinen Aufenthalt kennt, wird gebeten, Mitteilung zu machen an **Josef Holbauer, Eggenfelden i. Bayern, Dettinger Straße 18.**

Zahlstelle Woffen.

Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 2 Uhr: Versammlung in der „Post“. Erscheinen aller Kameraden und Lehrlinge erwünscht. Eine Stunde zuvor Krankenlassenversammlung. **Der Vorstand.**

Für sofort gesucht 8 bis 10 Zimmerleute, hoher Lohn, Rost- und Schlaglegenheit an der Baustelle vorhanden. **Johann Stutzenberger, Bau- und Zimmergeschäft, zurzeit Baustelle: Truppenübungsplatz Ludwigswinkel i. d. Pf.,** Bahnstation: Bubenthal-Rumbach.